

Albanien, Bulgarien, ehemaliges Jugoslawien, Rumänien

FRANZ-LOTHAR ALTMANN

Der Fortgang des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien prägte das Südosteuropa des Jahres 1993. Die über die Bundesrepublik (= Rest-) Jugoslawien verhängten Wirtschaftssanktionen trafen die Nachbarstaaten wegen der zentralen Lage Serbiens und auch wegen seiner relativen wirtschaftlichen Bedeutung stärker als zuvor bedacht. Nachdem sich die USA zunächst offensichtlich aus der Region — zumindest wirtschaftlich — verabschiedet haben und sich mehr auf Tschechien und Ungarn konzentrieren, liegen die Hoffnungen Südosteuropas in wirtschaftlicher Hinsicht einzig und allein bei der Europäischen Union (EU). Anders sieht es in der Sicherheitspolitik aus. Die EU zeigte sich 1993 zu sehr mit sich selbst und der anstehenden Erweiterung durch EFTA-Staaten beschäftigt, als daß Südosteuropa eine ernsthafte Rolle hätte spielen können. Die Länder der Region versuchten daher, ihre Sicherheitsinteressen direkt bei der NATO und den USA einzubringen, insbesondere als offenbar wurde, daß Rußland wieder daran dachte, Südosteuropa als seine natürliche Einflußsphäre zu betrachten und über eine Unterstützung Serbiens aktive Balkanpolitik zu betreiben.

Albanien

Kein anderes vormalig sozialistisches Land in Europa war so isoliert geblieben wie Albanien und hatte dementsprechend so viel Nachholbedarf in seinen Außenbeziehungen. Nach den enormen wirtschaftlichen Rückschlägen der Jahre 1991 und 1992, die zu den verzweifelten Ausbruchversuchen der vorwiegend Jugendlichen über die Meerenge nach dem gegenüberliegenden Italien geführt hatten, war zwar 1993 die wirtschaftliche und soziale Stabilisierung die vorrangige Aufgabe der demokratisch gewählten Regierung Berisha. Doch gleichzeitig mußte das Land versuchen, so schnell wie möglich den Anschluß an und die Integration in das sich neu formierende Europa zu finden.

Dies betraf auch die Sicherheitspolitik, die für Albanien von besonderer Bedeutung ist, nachdem es umgeben von nicht gerade problemlosen, den Albanern gegenüber sogar mit besonderer Abneigung erfüllten Nachbarn ist: Im Norden und Nordosten Restjugoslawien, in dessen früher autonomer Provinz Kosovo fast zwei Millionen Albaner (eine Mehrheit von 90% in dieser Region) unter ständigen Repressalien der serbischen Autoritäten leiden, was Albanien sehr leicht in einen direkten Konflikt mit Serbien ziehen könnte. Im Osten die ehemalige jugo-

slawische Republik Mazedonien, von dessen rund zwei Millionen Einwohnern die Albaner zwischen 25 (offiziell) und 45% (albanische Schätzung) ausmachen.

Nachdem Albanien Versuche einer regionalen Zusammenarbeit zunächst fast unüberwindliche Hindernisse in den Weg gelegt waren, mußte seine Außenpolitik und hier vor allem seine Sicherheitspolitik sich in Richtung Westeuropa bewegen. Der Besuch des NATO-Generalsekretärs Manfred Wörner im albanischen Parlament am 20. März 1993 wurde denn auch als viel erwartete Antwort auf Tiranas NATO-Beitrittswunsch gesehen. Albanische Offiziere nahmen auch schon an Kursen der NATO-Militärakademien teil. Wörner betonte denn auch in seiner Rede, daß man in Brüssel sehr wohl die Bedeutung des Landes als Partner für Sicherheit und Stabilität auf dem Balkan erkenne und zu weiterer Hilfestellung entschlossen sei¹. Wirtschaftliche Hilfe erhielt Albanien vor allem von der EU und ihren Mitgliedstaaten — 88% der in den letzten drei Jahren insgesamt gewährten Finanzhilfe von 1.280 US-\$ pro Kopf, davon zwei Drittel aus Italien, 10% aus Deutschland und 8% aus Griechenland. Zudem hatte fast ein Sechstel der Bevölkerung das Land vorwiegend in die EU-Länder verlassen. Deren Überweisungen von rund 500 Mio. US-\$ pro Jahr stellen eine wichtige Überlebenshilfe für das Land dar². Als Mitte Oktober 1993 der Delegationsleiter in Tirana akkreditiert wurde, betonte Präsident Sali Berisha folgerichtig, daß die EU und ihre Mitgliedsländer außenpolitisch und wirtschaftlich für Albanien Partner von erster Bedeutung sind.

Bulgarien

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien beeinflusste Bulgariens Außenpolitik in sicherheitspolitischer und außenwirtschaftlicher Hinsicht. Zum Jahresbeginn 1993 machte Sofia seine Übereinstimmung mit den Grundsätzen westlicher Sicherheitspolitik durch den Beitritt zum "Sanktionsklub" gegen Restjugoslawien deutlich. Zusammen mit Rumänien wurde Maßnahmen zur Unterbindung des blockadebrechenden Schiffsverkehrs auf der Donau zugestimmt und UN- sowie WEU-Beobachtern die geforderte Bewegungsmöglichkeit geschaffen. Dies sollte u. a. auch den Wunsch zur NATO-Mitgliedschaft unterstützen. Wie in westlichen NATO-Mitgliedsländern wurde ein "Atlantic Club" gegründet, der die Pflege der Beziehungen zur westlichen Allianz zur Aufgabe hat.

Die aus dem Embargo dem Land entstandenen wirtschaftlichen Einbußen machten andererseits die Bemühungen umso dringlicher, so schnell wie möglich in die Wirtschaftsintegration Westeuropas eingebunden zu werden. Irritationen auf bulgarischer Seite waren entstanden, nachdem westliche, auch deutsche, Politiker zunächst den Visegrád-Ländern in dieser Hinsicht Präferenz zugebilligt hatten. Als letztes ehemals sozialistisches Land erhielt Bulgarien erst am 8. März 1993 sein "Europaabkommen" mit der EG, das ihm ähnliche Assoziierungsvorteile und langfristig auch die Vollmitgliedschaft offeriert wie vordem bereits den vier Visegrád-Ländern und Rumänien am 1. Februar 1993. Große Erwartungen

waren darüber hinaus dem Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl am 10. und 11. Juni entgegengebracht worden, da man von Deutschland besondere Unterstützung für Bulgariens Integrationsbemühungen erhofft. Am 29. März 1993 unterzeichneten die sieben EFTA-Staaten mit Bulgarien ein asymmetrisches Freihandelsabkommen, das mit seinem Inkrafttreten am 1. Juli 1993 die meisten Zölle für bulgarische Waren in den EFTA-Ländern aufhob. Daß man sich andererseits zunehmend weniger Illusionen über die Annäherungsgeschwindigkeit auf dem Europaweg macht, zeigt die Reihe von Freundschafts- und Kooperationsverträgen, die Sofia mit Albanien, Polen, Rumänien und Weißrußland abschloß. Mit Rußland wurde bereits im Vorjahr ein ähnlicher Vertrag unterzeichnet. Bulgariens Staatspräsident Željko Želez war auch das erste ausländische Staatsoberhaupt, das Mazedonien nach seiner internationalen Anerkennung besuchte.

Rumänien

Auch für Rumänien ist charakteristisch, daß die Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn nicht ohne Konfliktstoff sind, und dies auch die Beziehungen zu Westeuropa beeinflußt. So befand sich Rumänien seit Februar 1991 beim Europarat auf der Warteliste, weil Einsprüche seiner Nachbarn wegen seiner Minderheitenpolitik (Ungarn) beziehungsweise wegen vermuteter Altansprüche auf nach dem II. Weltkrieg abgetretene Gebiete (Bulgarien und Ukraine) die Aufnahme behinderten. Zugleich stellt aber die Mitgliedschaft im Europarat eine zwar nicht offizielle aber doch de facto Voraussetzung für die EU-Assoziierung dar. Erst als sich eine Aufnahme in den Europarat als demnächst verwirklicht abzeichnete, konnte der heiß ersehnte Assoziierungsvertrag mit der EU am 1. Februar 1993 unterzeichnet werden. Dies wurde in Bukarest als großer historischer Schritt gefeiert, mit besonderer Betonung der politischen Implikationen, obwohl er in erster Linie wirtschaftliche Vorteile einbringt. Die Aufnahme in den Europarat erfolgte am 7. Oktober, nachdem sich in Straßburg die Meinung durchgesetzt hatte, daß es vielleicht doch besser wäre, Rumänien durch die Aufnahme unter Druck zu setzen, um die interne demokratische Entwicklung zu beschleunigen. Es gab deutliche Stimmen, die das Land warnten, die Aufnahme bedeute nicht das Ende sondern den Beginn eines Anpassungsprozesses an europäische Standards und Werte. Ungarn enthielt sich der Stimme.

Mit dem Besuch Präsident Iliescu im NATO-Hauptquartier in Brüssel Mitte Februar 1993 verdeutlichte Rumänien seine Bereitschaft, mit dem Nordatlantischen Bündnis in jeder Form zusammenzuarbeiten mit dem Ziel, die Vollmitgliedschaft zu erreichen. Der rumänische Staatschef stellte dabei fest, daß Rumänien seine Militärdoktrin entsprechend den westlichen Prinzipien modifiziere. In der Folge fanden zahlreiche hochrangige Kontakte mit Offiziellen der NATO bzw. der einzelnen NATO-Staaten statt, Rumänien bildet nunmehr in Zusammenarbeit mit der NATO auch Spezialeinheiten für den Einsatz bei friedenserhaltenden Maßnahmen aus³.

Ehemaliges Jugoslawien

Die Nachfolgestaaten der ehemaligen Föderation Jugoslawien sind bis auf die neue Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) mittlerweile alle international als selbständige, unabhängige Staaten anerkannt. Während Slowenien und Kroatien eindeutigen Europakurs steuern, müssen Bosnien-Herzegowina und die Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien um ihr Überleben kämpfen und hoffen dabei auf die Europäische Union als Verbündeten. Rumpfjugoslawien hingegen sieht gerade diese als Hauptgegner bei seinen Bestrebungen, ein großserbisches Reich unter dem Namen Bundesrepublik Jugoslawien zu schaffen.

Slowenien

Die Ende Januar 1993 neu berufenen Regierung Drnovšek konnte bald wichtige Europapunkte in ihrer Außenpolitik verbuchen, nachdem das Land bereits Mitte Januar 1993 Mitglied des IWF geworden war. Am 5. April 1993 schlossen die EG und Slowenien ein Handels- und Kooperationsabkommen sowie ein Protokoll über finanzielle Zusammenarbeit und ein Verkehrsabkommen mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die spätere Möglichkeit eines Assoziierungsabkommens. Für die Slowenen war dabei sicher die Tatsache wichtig, daß erstmalig das Land in eine neue Konstellation eingereiht wurde: ausgegliedert aus dem Reigen der ehemaligen jugoslawischen Republiken und gleichgeordnet den mittel- und osteuropäischen Ländern! Bei den im Herbst 1993 begonnenen Vorgesprächen zu Assoziierungsverträgen mit der EU spielt allerdings das Verhältnis zu Italien eine wichtige Rolle, seitdem dort der Vertrag von Osimo (1975) über die Nachkriegsgrenzfestlegung und die damit verbundenen Minderheits- und Restitutionsfragen wieder zu einem (innen-)politischen Streitpunkt geworden war. Die italienische Außenpolitik war von daher in bezug auf Slowenien (und auch Kroatien) mit Problemen behaftet, doch versicherte der italienische Außenminister Andreatta, daß sein Land Sloweniens Zutritt zu den westlichen Organisationen unterstützen würde. Im übrigen war in dem Kooperationsabkommen ohnehin eine Menschenrechtsklausel enthalten, die es der EU ermöglicht, die Vergünstigungen auszusetzen, sollte Slowenien die Minderheitenrechte nicht respektieren¹. Die grundsätzliche Anerkennung des erreichten Standards in diesen Fragen erhielt Slowenien durch seine Aufnahme in den Europarat am 14. Mai 1993.

Kroatien

Das zu einem Drittel von Serben besetzte Land leidet schwer unter den wirtschaftlichen Rückschlägen, insbesondere auch im Tourismus, und würde die schnelle Annäherung an Westeuropa dringend benötigen. Zweifel an der demokratischen Festigung der politischen Strukturen und auch grundsätzliche Distanz einiger westlicher EU-Länder zu Kroatien, sowie die Befürchtung, daß jederzeit

wieder ein Krieg mit Restjugoslawien ausbrechen könnte, ließen entsprechende Wünsche Zagrebs (u. a. auch auf Einbindung in das PHARE-Programm) jedoch weitgehend ergebnislos. Als im April 1993 in Mittelbosnien erbitterte Kämpfe zwischen den vormaligen verbündeten Kroaten und muslimischen Bosniaken ausbrachen und im Juni 1993 kroatisch-serbische Teilungspläne über Bosnien bekannt wurden, nahm die Kritik im Westen an Tudjman und seiner Politik heftig zu. Mitte Mai hatte die EG sogar mit Sanktionen gedroht. Kroatien seinerseits fühlte sich von den UN und der EG grundsätzlich im Stich gelassen in seinen Bemühungen, die kroatische Souveränität in den besetzten Gebieten (kroatische Krajina und Ostslawonien) wiederherzustellen.

Bosnien-Herzegowina

Die Fortdauer der Kriegshandlungen mußte die Außenpolitik der Regierung Izetbegović darauf beschränken, immer wieder humanitäre Unterstützung zu erbitten und gleichzeitig die Forderung nach einer Aufhebung des Waffenembargos gegenüber Bosnien zu wiederholen. Nachdem zunächst die EU Hauptadressat bei Izetbegović' Hilfsersuchen war, da ja die USA den Balkankonflikt zu Beginn recht gerne den Europäern überlassen wollten, änderte sich dies im Lauf des Jahres 1993. Die EU wurde als Friedensvermittler zunehmend in den Hintergrund gedrängt, die militärische Durchsetzung des Flugverbots und die Frage einer militärischen Intervention internationaler Truppen seitens der NATO erhielten deutlich mehr Gewicht. Gleichzeitig mit dem relativen Gewichtsverlust der EU und den stärker ins politische Vermittlungs- bzw. Drohspiel kommenden USA zeigt sich plötzlich ein diplomatisch höchst aktives Rußland, das offensichtlich sowohl der wiederkehrenden Präsenz der USA auf dem Balkan ein Gegengewicht setzen möchte als auch für die innenpolitischen Machtkämpfe eine Stärkung der Regierung durch außenpolitische Aktivität und daraus folgende Anerkennung als "Doch-noch-Großmacht" erstrebt. Vonseiten der bosnischen Regierung in Sarajewo wird dies jedoch kritisch und abneigend kommentiert.

Zwischenzeitlich hatte am 24. August 1994 das selbsternannte Parlament der bosnischen Kroaten die "Kroatische Republik Herceg-Bosna" ausgerufen, im Nordwesten Bosniens hatte am 10. September die muslimische Enklave Bihać ihre Autonomie erklärt, so daß de facto nunmehr das vormalige, international anerkannte Bosnien-Herzegowina in vier Teile zerfallen war.

Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Der vehemente Namensstreit zwischen Athen und Skopje hatte das ganze Jahr 1992 hindurch die Anerkennung Mazedoniens als souveräner Staat verhindert. Zu Beginn 1993 verursachte er sogar ernste Spannungen zwischen Griechenland und seinen EG-Partnern, die bis zum Boykott dänischer Importwaren in Griechenland reichten, nachdem der dänische EU-Ratsvorsitzende Ellemann-Jensen

vor dem Europäischen Parlament in Straßburg geäußert hatte, er schäme sich für Griechenland. Am 27. März 1993 billigte schließlich Athen einen Namenskompromiß, so daß am 8. April 1993 die UN-Generalversammlung die Aufnahme Mazedoniens unter der vorläufigen Bezeichnung "Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien" beschließen konnte. Es wurde dabei festgehalten, daß die Vermittler Vance und Owen (mittlerweile Niemitz) eine endgültige Streitlösung ermöglichen sollten. Der Ende Mai vorgelegte Vorschlag ("Nova Makedonija") wurde jedoch von Athen abgelehnt, Skopje andererseits lehnte die vorgeschlagenen vertrauensbildenden Maßnahmen ab. Dies führte dazu, daß die griechische Delegation am 9. Juli 1993 die Unterzeichnung des Schlußdokuments der KSZE-Parlamentarierkonferenz in Helsinki ablehnte, weil die Mitgliedstaaten darin aufgefordert wurden, Mazedonien als unabhängigen Staat anzuerkennen. Als am 16. Dezember 1993 Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und die Niederlande volle diplomatische Beziehungen auf Botschaferebene zur EJR Mazedonien (international: FYROM) aufnahmen, protestierte Griechenland heftig. Wenige Tage später folgten Bulgarien, Schweden, Norwegen und auch Japan dem Beispiel der sechs EU-Staaten, während bereits früher Albanien (April 1993) und die Ukraine (Juli 1993) die Anerkennung vollzogen hatten. Als am 9. Februar 1994 auch die USA als letztes ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates Mazedonien anerkannt hatten, sperrte die griechische Regierung den Hafen Thessaloniki für den Verkehr mit Mazedonien und schloß das griechische Konsulat in Skopje. Ein Sprecher der EU-Kommission sagte, Griechenland habe seine Entscheidung ohne Konsultationen der EU-Partner getroffen.

Anmerkungen

- | | |
|---|--|
| 1 Archiv der Gegenwart, 1993, Folge 5. | und die NATO, in: Südosteuropa, 43. Jhg., |
| 2 Archiv der Gegenwart, 1993, Folge 22/23. | 1 (1994); Rompress (engl.) v. 17. 2. 1993. |
| 3 Gabanyi, Anneli Ute: Rumäniens Sicherheit | 4 Archiv der Gegenwart, 1993, Folge 7. |

Weiterführende Literatur

- 1993 — The Year in Review, RFE/RL Research Report, vol. 3, No. 1 v. 7. 1. 1994.
- Altmann, Franz-Lothar: Die Europäische Gemeinschaft und Deutschland auf dem Balkan, in: Linss, Hans Peter/Schönfeld, Roland (Hrsg.): Deutschland und die Völker Südosteuropas, München 1993, S. 221 ff.
- Hinsken, Ernst: Die Staaten Südosteuropas am Beginn ihres Weges zur Integration in eine gemeinsame Zukunft in Europa, in: Linss, Hans Peter/Schönfeld, Roland (Hrsg.): Deutschland und die Völker Südosteuropas, München 1993, S. 241 ff.
- Mintschew, Emil: Europa, die Europäische Gemeinschaft und die Balkanhalbinsel — ein Plädoyer für eine neue integrative Strategie, in: Südosteuropa 7–8 (1993), S. 409 ff.
- Reuter, Jens: Jugoslawien — Versagen der internationalen Gemeinschaft?, in: Südosteuropa 6 (1993), S. 333 ff.